

BERICHT ÜBER DIE IDEEN DER JUGEND

2023



| | | | |
|--|----|---|----|
| Ein Gruß der Redaktion | 3 | Nachhaltigkeit muss Schule machen | 16 |
| Ausblick auf die Europawahl 2024 | 4 | Kindern zeigen, wie man Bäume pflanzt und Luftverschmutzungsdaten sammelt? | 17 |
| Gemeinsamfuer.eu | 5 | Der Klimawandel hat fatale Folgen für unsere Gesundheit – macht ihn zur Priorität, um das zu ändern | 18 |
| Die Ideen der Jugend: ein weiter Weg | 6 | Wie sieht das Gesundheitswesen der Zukunft aus? | 19 |
| DIE 15 BELIEBTESTEN IDEEN | | 7 | |
| Standard-Desinformationswarnungen auf Nachrichtenseiten, die nicht alle Informationsquellen offenlegen | 8 | Krebserregende Chemikalien verbieten | 20 |
| „Wer ist der Bösewicht?“ | 9 | Vegetarische Ernährung zur echten Alternative machen – für alle und überall | 21 |
| Unterstützung innovativer Projekte im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz | 10 | Wasserspender statt Verkaufsautomaten | 22 |
| Kostenlose Interrail-Tickets für alle jungen Europäerinnen und Europäer | 11 | Lebensmittelverschwendung in der EU ein Ende setzen und denen helfen, die es am meisten brauchen | 23 |
| Reproduktive und sexuelle Gesundheit muss gelehrt werden | 12 | Alle Praktika sollten bezahlt oder gefördert werden | 24 |
| So spricht man in der Schule über Sex: fünf Tipps | 13 | Kannst du es dir leisten, umsonst zu arbeiten? | 25 |
| Erasmus+: Kein Land darf ausgeschlossen werden | 14 | Die EU sollte autark sein, was Rohstoffe angeht | 26 |
| Mehr EU im Unterricht | 15 | Gemeinsam sind wir stärker: eine gemeinsame Außenpolitik schaffen | 27 |
| | | Schlusswort | 28 |

EIN GRUSS DER REDAKTION

Im Jahr 2023 haben wir gemeinsam einen weiten Weg zurückgelegt. Die spürbaren Folgen des Klimawandels und der Krieg in der Ukraine halten die Welt in Atem, und die EU steht weiterhin vor beispiellosen Herausforderungen.

Auch mit den Nachwirkungen der Coronapandemie haben wir noch zu kämpfen – der wirtschaftliche Abschwung, psychische Probleme und Fragen der sozialen Gerechtigkeit sind nur einige davon. Auf EU-Ebene wurde viel getan, um diese Hürden zu meistern.

Mit Blick auf die Europawahl im nächsten Jahr ist es besonders wichtig, auf die Veränderungen einzugehen, die sich junge Menschen in der EU für die nächste Wahlperiode wünschen. Gleichzeitig darf aber auch der Fortschritt der letzten Jahre nicht unbeachtet bleiben.

Der Bericht über die Ideen der Jugend ist der Höhepunkt einer Reise, die zu Beginn dieses Jahres ihren Anfang nahm. Gesammelt wurden die darin enthaltenen Ideen zum einen über youthideas.eu, um anderen beim Europäischen



*Herausgeber des Berichts über die Ideen der Jugend 2023:
Elena Manso Palao, Lukas O. Rastovic und
Alessia Melchiorre.*

Wir sind überzeugt, dass der Bericht über die Ideen der Jugend die Kraft hat, politische Debatten anzustoßen und künftige politische Vorschläge zu beeinflussen, insbesondere mit Blick auf die Europawahl im Frühjahr 2024.

Jugendevent, dem EYE2023, am 9. und 10. Juni in Straßburg. 8 500 junge Menschen waren dort zusammengekommen, um sich über ihre Ansichten zur Zukunft Europas auszutauschen und diese weiterzuentwickeln.

Dieses fünfte EYE war besonders intensiv und von regem Austausch geprägt. Die Teilnehmenden hatten die Wahl zwischen etwa 325 Aktivitäten im Parlament und im EYE-Dorf. Jede einzelne trug dazu bei, dass sie sich im europäischen Haus der Demokratie wie zuhause fühlten.

Wir – die EYE-Redaktion – haben bei unserer Arbeit am Bericht über die Ideen der Jugend eine Entscheidung getroffen: Wir wollten nicht nur die beliebtesten Ideen mit der größten Durchschlagskraft von youthideas.eu aufzeigen, sondern auch einige jener Ideen vorstellen, die Jugendorganisationen in der gesamten EU bereits umsetzen.

Wir hoffen, dass dieser Bericht junge Menschen in ganz Europa inspiriert und sowohl die jetzigen und künftigen Abgeordneten des Europäischen Parlaments als auch andere Einrichtungen und Jugendorganisationen dazu anregt, nachzudenken und aktiv zu werden. Die hier vorgestellten Ideen decken eine Vielzahl von Themen ab – von Nachhaltigkeit über Bildung bis hin zum digitalen Wandel.

Wir sind überzeugt, dass der Bericht über die Ideen der Jugend die Kraft hat, politische Debatten anzustoßen und künftige politische Vorschläge zu beeinflussen, insbesondere mit Blick auf die Europawahl im Frühjahr 2024. Wir sind all den jungen Menschen dankbar, die ihre großartigen Vorschläge und Ideen für ein besseres Europa mit uns geteilt haben. Wir hoffen, dass ihre Stimmen in diesem Bericht hörbar sind.

AUSBLICK AUF

DIE EUROPAWAHL 2024

Das EYE2023 fand nur ein Jahr vor der Europawahl statt, die vom 6. bis 9. Juni 2024 abgehalten wird. Und wir haben gute Neuigkeiten: Sowohl das Interesse als auch die Bereitschaft, wählen zu gehen, wurden im Vergleich zu 2018 größer.

Der Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2023 zufolge nahm das Interesse an der Wahl um 6 % zu. 67 % der Befragten gaben an, wahrscheinlich ihre Stimme abzugeben – das sind neun Prozentpunkte mehr als noch vor fünf Jahren.

Am stärksten stieg die
Wahlbeteiligung im Jahr 2019
bei Menschen unter

25

Die letzte Jugendumfrage des Europäischen Parlaments zeigte, dass sich fast 90 % der Befragten im Jahr 2021 an zumindest einer politischen oder zivilgesellschaftlichen Aktivität beteiligt hatten. Wie sehr sich junge Europäerinnen und Europäer einbringen, ist vielen gar nicht bewusst. Ein gutes Beispiel dafür sind die Freiwilligen von [gemeinsamfuer.eu](https://www.gemeinsamfuer.eu):

67 %

der Befragten gaben an, wahrscheinlich
wählen zu gehen

Junge Menschen zählten zu den Altersgruppen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung. Nur 28 % der Wahlberechtigten unter 25 gaben bei der Europawahl im Jahr 2014 ihre Stimme ab. Bei der Wahl 2019 zeichnete sich ab, dass junge Menschen zunehmend von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Die allgemeine Wahlbeteiligung war die höchste seit 25 Jahren. Am stärksten stieg sie bei den Wählerinnen und Wählern unter 25. Dank ihnen war die Wahlbeteiligung so hoch wie seit dem 20. Jahrhundert nicht mehr. Für unsere Demokratie ist es überlebenswichtig, junge Menschen in die Politik und die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Zu veranschaulichen, was sich junge Europäerinnen und Europäer für die Zukunft der EU wünschen, ist jedoch ausgesprochen schwierig. Dieser Bericht dient als eine wichtige Plattform, auf der ihre Beiträge und politischen Ziele sichtbar gemacht werden.

Fast

90 %

der Befragten beteiligten sich im Jahr
2021 an zumindest einer politischen oder
zivilgesellschaftlichen Aktivität

gemeinsamfuer.eu

für Demokratie



Im Rahmen des EYE nahmen knapp 300 der aktivsten Freiwilligen von gemeinsamfuer.eu an einem Bootcamp teil. Dort vermittelten ihnen Fachleute wertvolle Fähigkeiten, damit sie später selbst Wahlkampagnen organisieren können. Doroteja, Julian und Micaela haben uns davon erzählt.

Doroteja Horvat

Kroatien.
Jurastudentin an der
Universität Zagreb

„Wir haben festgestellt, dass junge Menschen zwar wählen wollen, aber dass sie ziemlich wenig über die Europawahl wissen. Man muss den Leuten zeigen, was sie davon haben, und sie das finden lassen, was sie interessiert.“

Als Freiwillige von gemeinsamfuer.eu habe ich mehrere Workshops an weiterführenden Schulen gegeben, um potenziellen Erstwählerinnen und Erstwählern die grundlegenden Abläufe in den EU-Organen zu erklären.“

Julian Waldbauer

Österreich.
Schüler und Junior-
Botschafter der EU

„Ich glaube nicht, dass junge Menschen im Europäischen Parlament ausreichend vertreten sind. Ich bin Freiwilliger geworden, weil ich das Gefühl hatte, man hört uns nicht wirklich zu.“

Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass junge Menschen nicht interessiert oder motiviert sind. Oft ist das Gegenteil der Fall: Meine Großeltern wählen seit Jahren dieselbe Partei, egal was passiert.“

Micaela Pezzini

Spanien.
Praktikantin im spanischen
Landwirtschaftsministerium

„Zuerst interessierte ich mich nicht besonders für die EU. Doch mir wurde bald klar, dass die Kanarischen Inseln – meine Heimat – der EU und ihren Finanzmitteln viel zu verdanken haben.“

Seitdem habe ich bereits mehrere

Workshops an Schulen abgehalten und mein Bestes gegeben, um auch mein engeres Umfeld aufzuklären: Wenn die Leute nicht wissen, was die EU ist, was sie tut und wie sie funktioniert, wieso sollten sie dann an einem Sonntag früh aufstehen, um ihre Stimme abzugeben?“

Gemeinsamfuer.eu ist eine Gemeinschaft von Menschen, die an die Demokratie glauben und der Demokratie bei der nächsten Europawahl noch mehr Bedeutung verleihen möchten. Sie bringt Menschen aus ganz Europa zusammen, um sich zu treffen, Wissen auszutauschen und neue Fähigkeiten zu erlernen – und gleichzeitig andere zu ermutigen, im Jahr 2024 zur Wahl zu gehen. Möglichkeiten, sich einzubringen, gibt es viele: Man kann an Veranstaltungen und Schulungen teilnehmen, um sich zu informieren. Oder man kann selbst aktiv werden und anderen vor Augen führen, wie wichtig es ist, wählen zu gehen. Auch eigene Aktivitäten zu organisieren, ist mit gemeinsamfuer.eu möglich. Die Frage ist: Bist du bereit, jetzt zu handeln?

Je mehr wählen gehen, desto stärker wird unsere Demokratie.

MACH MIT BEI GEMEINSAMFUER.EU!

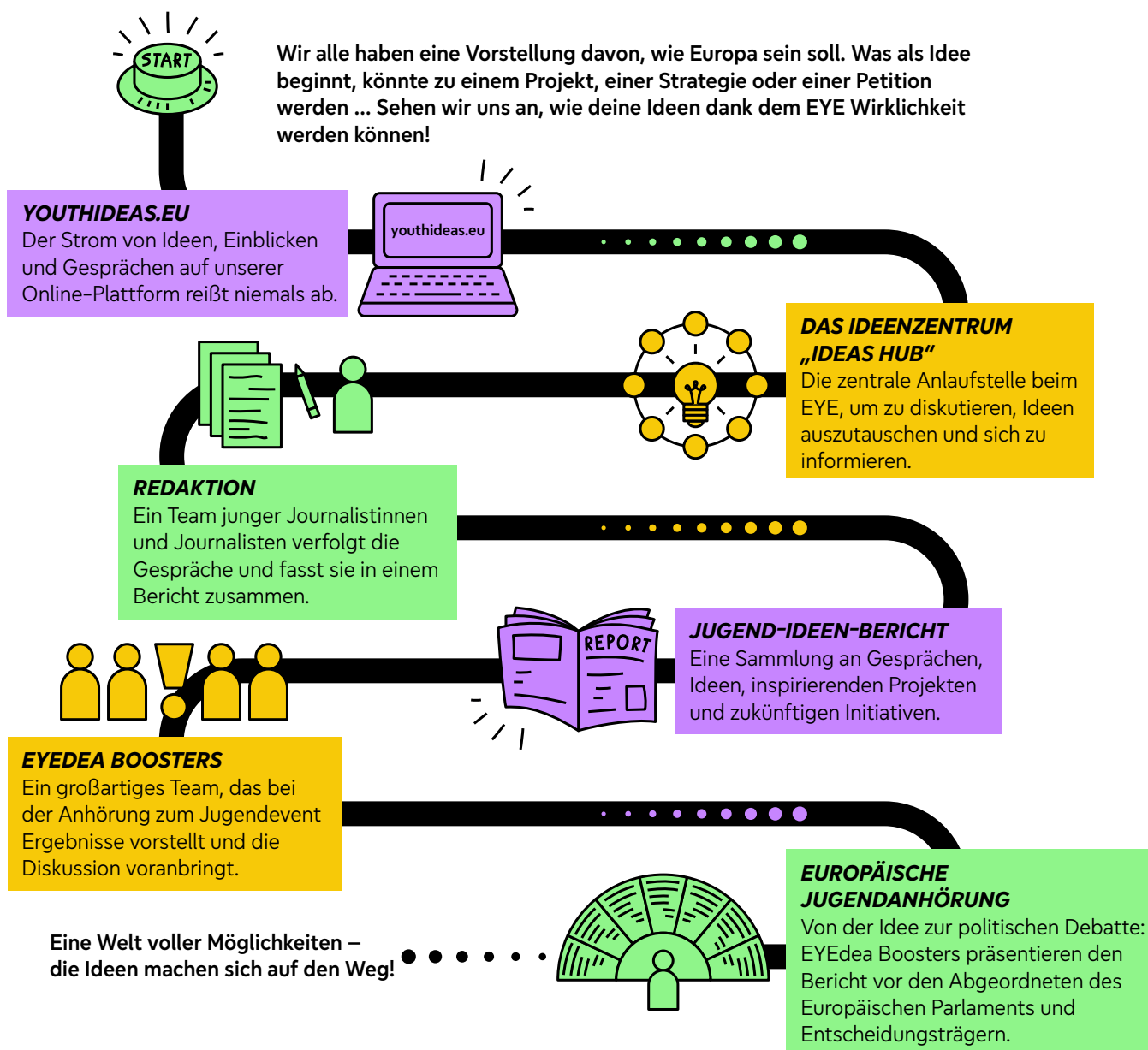
DIE IDEEN DER JUGEND: EIN WEITER WEG

Du fragst dich, wie wir entschieden haben, welche Ideen in den Bericht über die Ideen der Jugend aufgenommen werden? Im Vorfeld des EYE2023 haben wir youthideas.eu genau beobachtet. Junge Leute können darüber ihre Vorschläge für neue Strategien und Projekte für ein besseres Europa einbringen.

Seit März 2023 haben wir diese Ideen gesammelt, sie abgesehen und aufbereitet. Wir haben sie in elf wichtige Themenbereiche eingeteilt: Klimawandel und Umwelt, Kultur und Medien, Demokratie, Bildung, die EU in der Welt, Gesundheit und Sport, Menschenrechte, Arbeitsplätze und Wirtschaft bzw. digitaler Wandel, Migration, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit.

Beim EYE2023 bot ein Ideenzentrum – das sogenannte Ideas Hub – direkt neben dem Plenarsaal den Teilnehmenden die Gelegenheit, ihre Ideen für die Zukunft Europas miteinander zu teilen, und zwar vor Ort und über youthideas.eu. Anwesend waren auch Fachleute aus den EU-Organen und erfahrene Projektleiter von Jugendorganisationen. Sie diskutierten mit den Teilnehmenden über ihre Ideen und standen ihnen mit Rat und Tat zur Seite.

Über die Plattform gingen schlussendlich mehr als 600 Ideen und über 400 Kommentare ein. Einige davon stechen deutlich hervor: In ihnen kommen die dringendsten und gängigsten Forderungen junger Europäerinnen und Europäer zum Ausdruck. In diesem Bericht stellen wir die 15 beliebtesten Ideen nach Themenbereich vor.



DIE 15 BELIEBTESTEN

IDEEN





STANDARD-DESINFORMATIONSWARNUNGEN AUF NACHRICHTENSEITEN, DIE NICHT ALLE INFORMATIONSQUELLEN OFFENLEGEN

Beim Aufrufen von Nachrichtenseiten soll ein Warnhinweis erscheinen, der Leserinnen und Leser darauf hinweist, dass die Inhalte der Website mit Vorsicht zu genießen sind.

Diese Regel soll für Nachrichtenseiten gelten, die nicht alle Informationsquellen ausdrücklich nennen. Legt eine Seite nicht alle Quellen offen, soll sie automatisch als „nicht zuverlässig“ eingestuft werden.

Das würde Nachrichtenseiten dazu anregen, alle Informationsquellen bekannt zu geben, was für mehr Transparenz sorgen würde. Mit einer entsprechenden EU-Vorschrift könnte Desinformation auf EU-Ebene bekämpft werden.

Meinungsfreiheit ist sehr wichtig. Nachrichtenseiten und Medienkonzerne, deren Inhalte Tausende, wenn nicht sogar Millionen von Menschen lesen, müssen aber für das, was sie veröffentlichen, mehr Verantwortung übernehmen. Sie müssen verhindern, dass sie Desinformation verbreiten – sei es absichtlich oder unabsichtlich.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Derzeit gibt es auf EU-Ebene keine Vorschriften, die solche Schritte vorsehen. Allerdings sind einige EU-Initiativen in Arbeit bzw. bereits in Kraft, die in eine ähnliche Richtung gehen.

Das vorgeschlagene Medienfreiheitsgesetz etwa soll Medien vor politischer Einmischung in redaktionelle Entscheidungen schützen. Der Schwerpunkt liegt auf der Transparenz der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich und der finanziellen Förderung von regierungsfreundlichen Medien. Das Gesetz könnte noch 2023 verabschiedet werden. Im November 2022 trat das Gesetz über digitale Dienste in Kraft. Es nimmt die sozialen Medien und Anlaufstellen

für Nachrichtenmedieninhalte in die Pflicht, gegen Desinformation und Wahlmanipulation vorzugehen. Auch müssen sie sämtliche Inhalte löschen, die in dem jeweiligen Mitgliedstaat illegal sind.

Desinformationswarnungen auf den Nachrichtenseiten von Medienunternehmen sehen diese beiden Gesetze jedoch nicht vor.

Darüber hinaus gibt es das Team des Europäischen Parlaments zur Verhinderung von Desinformation (SPOX). In Zusammenarbeit mit anderen EU-Organen und der Zivilgesellschaft analysiert es Desinformation und organisiert verschiedene Aktivitäten, um darauf aufmerksam zu machen.

„Wer ist der Bösewicht?“

So bekämpft eine tschechische Organisation Desinformation in Schulen



Tereza Kráčmarová
Mitbegründerin von Fakescape

Wer ist der „Bösewicht“, der die Sommerferien absagen möchte? Das mag nach einer harmlosen Frage klingen, doch sie ist der Einstieg in eine Reihe von kniffligen Aufgaben, vor die die tschechische Organisation **Fakescape** Schülerinnen und Schüler stellt. Durch ihre Detektivarbeit lernen sie, wie sie Aussagen von Politikern im Wahlkampf auf ihre Stichhaltigkeit prüfen können oder wie man erkennt, ob ein Foto auf Instagram verändert wurde.

Fakescape war mit seinen Aufgaben auch beim EYE2023 vertreten, wo die Bekämpfung von Desinformation eines der Hauptanliegen der jungen

Teilnehmenden war. Die Organisation hat bereits an über 500 Schulen in der Tschechischen Republik jungen Leuten auf spielerische Weise beigebracht, Falschmeldungen zu erkennen. Die Vermittlung von Medienkompetenz an Unionsbürgerinnen und -bürger ist heute eine der wichtigsten Prioritäten des Europäischen Parlaments. Fakescape hat diesen Bereich enorm vorangebracht.

Zurzeit müssen wir in der Tschechischen Republik keine Werbung machen, denn die Schulen kommen schon von selbst auf uns zu.

„Wir hoffen, dass wir das Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler schärfen können – und zwar nicht nur mit Blick auf die Informationsquelle im Internet, sondern auch was ihre eigenen Emotionen angeht. Üblicherweise zielen Desinformation und Fehlinformation nämlich genau darauf ab“, erklärt Tereza Kráčmarová, die Fakescape 2018 gemeinsam mit Freunden gründete, als sie Journalismus und Politikwissenschaft studierte.

Seit ihrer Gründung ist die Organisation rapide gewachsen. Im Jahr 2021 wurde Fakescape für seinen Einsatz für die Vermittlung von Medienkompetenz und kritischem Denken an junge Menschen mit dem Jugendkarlspreis ausgezeichnet.

„Zurzeit müssen wir in der Tschechischen Republik keine Werbung machen, denn die Schulen kommen schon von selbst auf uns zu“, sagt Kráčmarová. Jetzt ist Fakescape gerade dabei, in der Slowakei Fuß zu fassen. Als nächstes will die Organisation zunehmend im benachbarten Polen aktiv werden. Eine lokale Partnerorganisation hat sie bereits.

**Wie startet man eigentlich eine eigene Organisation, wenn man etwas verändern möchte?
Hier drei Ratschläge der Fakescape-Gründerin:**

1. **„Fang einfach an. Such ein paar Leute, die auch etwas bewirken wollen, denn einer allein kann nicht alles machen.“**
2. **„Als wir anfangen, hatten wir keine Ahnung, was wir tun. Aber auch mit wenig Geld kann man seine Sache gut machen. Und sobald du bewiesen hast, wozu du in der Lage bist, kannst du mehr Leute finden, die dir vertrauen und in dich investieren.“**
3. **„Akzeptiere, dass es ein Lernprozess ist. Bleib offen für Kritik, denn sie wird die Arbeitsweise deiner Organisation nur verbessern und dafür sorgen, dass ihr mehr bewirkt.“**



UNTERSTÜTZUNG INNOVATIVER PROJEKTE IM ZUSAMMENHANG MIT KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

Mehr Forschung zu künstlicher Intelligenz (KI) kann uns mit Blick auf nachhaltige Entwicklung voranbringen.

Die Europäische Union sollte die Entwicklung künstlicher Intelligenz mit mehr Programmen fördern und Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen in den Mitgliedstaaten unterstützen – unter anderem mit Zuschüssen. Dadurch könnte sie nachhaltige Entwicklung ankurbeln und zu weltweitem Wohlstand beitragen.

Ein Beispiel für ein Projekt in diesem Bereich ist AI4Media. en est un bon exemple. Financé dans le cadre du Es wird im Rahmen des Forschungsprogramms „Horizont 2020“ gefördert und soll sich zu einem Kompetenzzentrum entwickeln, das Forschende aus der gesamten EU und darüber hinaus zusammenbringt. AI4Media will künstliche Intelligenz voranbringen und Schulungen für den Medienbereich anbieten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf moralisch vertretbarer und vertrauenswürdiger KI.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Im Juni 2023 nahm das Europäische Parlament seine Verhandlungsposition zum Gesetz über künstliche Intelligenz an. Das Gesetz soll dafür sorgen, dass vertrauenswürdige KI gefördert wird, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht. Gleichzeitig schützt es die Grundrechte und die Demokratie.

Die Vorschriften sollen sicherstellen, dass in der EU entwickelte und eingesetzte KI den Werten der Europäischen Union entspricht. Etwa soll sie von Menschen beaufsichtigt werden, bestimmte Anforderungen an Sicherheit, Datenschutz und Transparenz erfüllen und niemanden diskriminieren. Die Regeln verfolgen einen risikobasierten Ansatz und verbieten bestimmte Praktiken, die ein unannehmbares Risiko darstellen. Dazu zählen etwa das Bewerten von sozialem Verhalten, Systeme zur biometrischen Fernidentifizierung im öffentlichen Raum (in Echtzeit oder nachträglich) und die biometrische Kategorisierung auf der Grundlage sensibler Merkmale, aber auch

vorausschauende Polizeiarbeit, Emotionserkennungssysteme in verschiedenen Bereichen und das ungezielte Auslesen von Gesichtsbildern für Gesichtserkennungsdatenbanken. Auch Hochrisiko-KI-Systeme wie solche, mit denen Wähler beeinflusst werden, oder Empfehlungssysteme von großen Social-Media-Plattformen fallen in diese Kategorie.

Für Anbieter von KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck sieht das Gesetz bestimmte Verpflichtungen vor. Außerdem enthält es Transparenz-anforderungen für generative KI und Ausnahmen für Forschungstätigkeiten bzw. quelloffene Komponente. Darüber hinaus legt es Mechanismen fest, damit Bürgerinnen und Bürger Beschwerden einreichen können bzw. Erklärungen zu Hochrisiko-KI-Systemen bekommen. Die Umsetzung des KI-Regelwerks wird vom Europäischen Amt für künstliche Intelligenz überwacht. Es ist das weltweit erste Gesetz für sichere und transparente KI.



KOSTENLOSE INTERRAIL-TICKETS

FÜR ALLE JUNGEN EUROPÄERINNEN UND EUROPÄER

Es sollte mehr kostenlose Interrail-Tickets für 18-jährige Europäerinnen und Europäer geben – vor allem für diejenigen, die es sich sonst nicht leisten können, ins Ausland zu reisen. Am besten wäre es, allen 18-jährigen Unionsbürgerinnen und -bürgern diese Möglichkeit zu geben.

Junge Menschen in der EU könnten so Europa auf eigene Faust erkunden und Gleichaltrige kennenlernen. Man könnte dadurch eine ganze Generation neugieriger machen, junge Leute könnten Verbindungen knüpfen und mehr über Europa lernen.

Um Bahnreisen in Europa einfacher zu machen, könnte die EU in die Entwicklung einer App investieren, über die man Tickets aller Eisenbahnunternehmen in der EU kaufen kann. Man könnte Reisen auf den Bahnstrecken der EU außerdem noch attraktiver machen, wenn man alle Eisenbahnunternehmen mit entsprechenden EU-Vorschriften zu sofortiger finanzieller Entschädigung bei verspäteten oder ausgefallenen Zügen verpflichten würde.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Derzeit haben 18-Jährige die Chance auf ein Bahnticket, mit dem sie bis zu 30 Tage reisen können. Bewerben können sie sich dafür über DiscoverEU, das im Rahmen des Programms Erasmus+ von der EU finanziert wird. Voraussetzung ist, dass sie die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats oder eines der anderen teilnehmenden Staaten besitzen bzw. dort ihren rechtmäßigen Wohnsitz haben. Außerdem müssen sie einige Quizfragen beantworten können.

Die Interrail-Tickets werden zweimal im Jahr vergeben – und zwar nur an ausgewählte Bewerberinnen und Bewerber. Würde man diese Idee umsetzen, dann gäbe

es diese Einschränkung bei DiscoverEU nicht mehr. Wenn man jenen den Vortritt lassen würde, die sich das Ticket sonst nicht leisten könnten, dann müsste man das Bewerbungssystem entsprechend anpassen: Bewerberinnen und Bewerber müssten bestimmte Unterlagen einreichen, um die finanzielle Lage ihrer Familie zu belegen. Damit das Programm möglichst zugänglich bleibt, darf das Ganze jedoch nicht zu kompliziert werden.

Derzeit bieten mehrere Unternehmen auf ihren Websites bzw. über ihre Apps Zugtickets verschiedener europäischer Eisenbahnunternehmen an.



REPRODUKTIVE UND SEXUELLE GESUNDHEIT MUSS GELEHRT WERDEN

Sexualerziehung in weiterführenden Schulen ist wichtig, wie zahlreiche wissenschaftliche bzw. sozialwissenschaftliche Studien belegen. Jugendliche brauchen praktische und sachliche Informationen.

Dans certaines communautés, les problèmes liés à la sexualité sont tabous et ne sont abordés ni à la maison, ni à l'école, ni dans les centres de santé. En conséquence, les adolescents courent le risque de contracter des infections sexuellement transmissibles, de souffrir de problèmes de santé mentale ou de santé chroniques et d'être la cible de discrimination et d'intimidation anti-LGBTQ+.

Es gibt Hinweise darauf, dass junge Menschen, die mit Blick auf sexuelle und reproduktive Gesundheit entsprechend aufgeklärt wurden,

- sexuellen Missbrauch eher erkennen und melden,
- erste sexuelle Erfahrungen eher erst dann machen, wenn sie dafür bereit sind und sich sicher fühlen,
- eher einvernehmlichen ersten Geschlechtsverkehr haben,
- eher wissen, warum Verhütung wichtig ist und wie man sicher verhütet,

- seltener ungewollt schwanger werden und
- sich seltener mit Geschlechtskrankheiten anstecken.

Eine der größten Herausforderungen ist, dass es zu wenig Lehrkräfte mit den Fähigkeiten und der Ausbildung gibt, die nötig wären, um das Wissen über Sex und reproduktive Gesundheit angemessen und genau vermitteln zu können. Der Widerstand kultureller und religiöser Führungspersonlichkeiten und die in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene generell fehlende Erziehung im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit sind zusätzliche Hindernisse.

Lasst uns den ersten Schritt tun und dafür sorgen, dass Lehrkräfte die richtigen Informationen haben – und zwar von Wissenschaftlern und Fachleuten aus dem Gesundheitsbereich gestützt.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Für Sexualerziehung sind die Mitgliedstaaten zuständig. Nach Artikel 168 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union spielt die EU bei der Gesundheitsförderung jedoch ebenfalls eine Rolle.

In einer Entschließung vom Juni 2021 forderte das Parlament die Mitgliedstaaten auf, den allgemeinen Zugang zu umfassender Sexualerziehung und Informationen für alle Kinder und Jugendlichen sicherzustellen. Die Sexualerziehung soll wissenschaftlich korrekt, faktengestützt, altersgerecht und vorurteilsfrei sein und ein breites Themenfeld abdecken. Auch forderte das Parlament die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf,

die Verbreitung diskriminierender und gefährlicher Fehlinformationen über sexuelle und reproduktive Gesundheit und über die damit verbundenen Rechte zu bekämpfen.

Darüber hinaus verpflichtet die EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 die Europäische Kommission dazu, in diesem Zusammenhang den Austausch über bewährte Verfahren zwischen Mitgliedstaaten und Interessenträgern zu erleichtern. In der Strategie wird außerdem hervorgehoben, wie wichtig es ist, Jungen wie Mädchen über die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie gewaltfreie Beziehungen aufzuklären.

So spricht man in der Schule über Sex: fünf Tipps

Sex war lange Zeit ein Tabuthema. Doch heute wissen wir, dass darüber zu reden wichtig für die Entwicklung von Lebenskompetenzen ist. Aber wo soll man anfangen?



Deirdre Betson

Sexualpädagogin bei SHAREIreland

SSHAREIreland – kurz für „Sexual Health and Relationships Education Ireland“ – hat dazu einige Tipps.

SHAREIreland hat sich der Bildung im Bereich sexuelle Gesundheit und Beziehungen verschrieben. In Zusammenarbeit mit weiterführenden Schulen setzt es ein Programm für Sexualerziehung des irischen Bildungsministeriums um.

Ziel der SHAREIreland-Workshops ist es, Schülerinnen und Schülern dabei zu helfen, gesunde Entscheidungen zu treffen, wenn sie vom Jugendalter ins Erwachsenenalter übergehen.

Die Workshops von SHAREIreland sollen Schülerinnen und Schülern dabei helfen, auf dem Weg zum Erwachsensein gesunde Entscheidungen zu treffen. Das schlägt SHAREIreland vor:

- **Sprecht über den Unterschied zwischen Konsens und Erlaubnis.** „Konsens“ bedeutet, beide Partner haben Lust und wollen dasselbe. „Erlaubnis“ ist einseitig – sie kann die Grenzen von jungen Menschen verletzen, die Angst haben oder nicht die Möglichkeit haben, Nein zu sagen.

- **Sucht euch diesen einen verlässlichen Erwachsenen, dem ihr vertraut.** Wer ist das für dich? Ein Familienmitglied, eine Lehrkraft, ein Trainer oder jemand anderes?

- **Körperfunktionen sind normal – das gehört vermittelt.** Tampons oder Binden auf dem Weg zur Toilette im Ärmel verstecken? Das muss nicht sein. Die Menstruation ist etwas ganz Normales. Damit bereitet sich die Gebärmutter auf eine mögliche Schwangerschaft vor. Macht man sich über solche alltäglichen Körperfunktionen lustig, dann vermittelt man, dass alles, was mit dem Körper zu tun hat, schambehaftet ist und geheim gehalten werden muss. Schamfreie Sexualerziehung ist etwas, das bei jungen Erwachsenen auch wirklich ankommt. Die korrekten anatomischen Begriffe zu lernen, gehört hierbei auch dazu. Das kommt den Schülerinnen und Schülern sowohl mit Blick auf die Gesundheitsversorgung als auch auf ihre Sicherheit zugute.

- **Sprecht über gesunde Beziehungen.** Es ist so wichtig, darüber zu sprechen, welche Art von Beziehungen uns guttun. Beziehungen, die auf gegenseitigem Respekt beruhen und in denen unsere Grenzen respektiert werden, sind gut für unsere psychische und körperliche Gesundheit. Wenn man über Gefühle sprechen kann und nichts hinunterschlucken muss, dann ist das auf jeden Fall ein Zeichen für eine gute, gesunde Beziehung.

- **Sexualerziehung ist gut für die Gesundheit – das gehört gefördert.** Eine vielfältige Sexualerziehung, die alle mit einschließt, ist gut für die Gesundheit junger Menschen. Zu wissen, bei welchen sexuellen Aktivitäten man sich Geschlechtskrankheiten holen kann, bedeutet, sich der Risiken bewusst zu sein und mit Blick auf Vorbeugung und Risikominderung fundierte Entscheidungen zu treffen. Außerdem ist es äußerst wichtig, dass alle jungen Menschen wissen, wo sie faktengestützte, sachliche und vorurteilsfreie Informationen über sexuelle Gesundheit bekommen.



ERASMUS+: KEIN LAND DARF AUSGESCHLOSSEN WERDEN

Seit 1987 hat das Programm Erasmus+ mehr als zwölf Millionen jungen Menschen Möglichkeiten für Mobilität und Zusammenarbeit geboten.

Das Programm – eine Errungenschaft der Europäischen Kommission – gilt als wahre Erfolgsgeschichte, und es ist sehr wichtig, dass es seinen guten Ruf behält.

Um die Entwicklung und das Potenzial junger Menschen in der gesamten EU und darüber hinaus zu fördern, müssen wir uns für den Ausbau von Erasmus+ einsetzen. Indem wir mehr Möglichkeiten schaffen, können wir noch mehr Studierende erreichen und zu einer noch stärker vernetzten und wohlhabenderen Gesellschaft beitragen. Das ist unbedingt nötig, wenn unsere künftigen Führungskräfte ihr volles Potenzial entfalten sollen und wir das, was uns trennt, überwinden wollen.

Die Kommission darf nicht zulassen, dass bei politischen Unstimmigkeiten zwischen der EU und der Regierung eines Mitgliedstaats junge Menschen die Leidtragenden sind. Darüber hinaus soll sich die politische Führung dafür starkmachen, dass Studierende keine Nachteile haben.

Der Fall Ungarn ist ein abschreckendes Beispiel. Als EU-Mitgliedstaat ist Ungarn berechtigt, an Mobilitätsprogrammen im Rahmen von Erasmus+ teilzunehmen, damit junge Menschen sowie Lehrkräfte aus Ungarn im Ausland wertvolle Erfahrungen und Fachwissen sammeln können. Gleichzeitig haben dadurch tausende Studierende aus der ganzen Welt die Möglichkeit, Ungarn zu besuchen, das Land kennenzulernen und dort zu studieren.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

95 % derjenigen, die zwischen 2014 und 2020 am Programm Erasmus+ teilgenommen hatten, gaben an, dass diese Erfahrung ihnen erhebliche Vorteile gebracht hatte. Für den Zeitraum 2021 bis 2027 hat die Kommission für Erasmus+ über 28 Mrd. EUR bereitgestellt. Die neuen Projekte müssen unbedingt zu den überarbeiteten Prioritäten des Programms passen – der Schwerpunkt liegt dabei insbesondere auf Inklusion und demokratischer Teilnahme.

2020 nahmen 22 622 Ungarinnen und Ungarn an Austauschprogrammen im Rahmen von Erasmus+ teil. Dabei wurden sie mit 40,45 Mio. EUR an EU-Geldern unterstützt. Bedenken im Zusammenhang mit Korruption führten jedoch dazu, dass die EU-Finanzminister am 15. Dezember 2022 einen erheblichen Teil der für den Zeitraum 2021 bis 2027 für Ungarn

vorgesehenen Fördergelder einfroren.

Auch untersagten sie der EU, neue finanzielle Vereinbarungen mit den vermögensverwaltenden Stiftungen von öffentlichem Interesse einzugehen, die es seit 2021 nach ungarischem Recht gibt. Die EU zielte auf Bildungs- und Kultureinrichtungen ab, die EU-Gelder nicht transparent verwalteten. Darüber hinaus waren hochrangige politische Amtsträger der Regierungspartei Fidesz trotz entsprechender Gesetzesänderungen immer noch in Stiftungsvorständen vertreten. In der EU dürfen politische Führungskräfte keine öffentlichen Gelder an Organisationen vergeben, in denen sie selbst befugt sind, Entscheidungen zu treffen. Deshalb wurden Fördermittel für Hochschulen, die in öffentliche Stiftungen überführt worden waren, vorübergehend eingefroren.



© European Union 2023 - Source: EP

MEHR EU IM UNTERRICHT

Die EU-Bevölkerung soll ein besseres Verständnis dafür entwickeln, wie die EU funktioniert und welche Vorteile die Unionsbürgerschaft hat. Ein erster Schritt in diese Richtung sollte sein, Themen wie Demokratie und europäische Werte EU-weit in die Schullehrpläne aufzunehmen.

Schülerinnen und Schüler sollten im Unterricht etwa mehr über die Rechtsstaatlichkeit erfahren – einen der Grundpfeiler unserer Demokratie. Dadurch wird ihnen stärker bewusst, was die EU für ihr eigenes Leben bedeutet und wie viele Möglichkeiten sie dank ihr haben.

Junge Europäerinnen und Europäer sollten das bereits früh lernen. Besonders wichtig ist, dass diese Botschaft auch Kinder erreicht, die nicht in größeren Städten zur Schule gehen.

Die um Unterricht über die EU erweiterten Lehrpläne sollten Schülerinnen und Schüler außerdem daran erinnern, dass es nicht nur ihr Recht ist, wählen zu gehen, sondern auch ihre Pflicht. Das sorgt im Idealfall dafür,

dass die Wahlbeteiligung in Zukunft höher ist. Schulen in der gesamten EU sollten Wissen über die europäische Geschichte und die verschiedenen Kulturen in der EU vermitteln. Das dürfte das gemeinsame europäische Identitätsgefühl stärken und auf lange Sicht für eine selbstbewusstere EU sorgen.

Junge Menschen sollten außerdem mehr Möglichkeiten haben, die EU-Organe zu besuchen. Dadurch könnten sie sich selbst ein Bild davon machen, wie die EU funktioniert. Und es hätte einen weiteren Vorteil: Es würde junge Menschen zusammenbringen.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Derzeit gibt es kein Gesetz, das Schulen in den Mitgliedstaaten verpflichtet, die EU im Unterricht zu behandeln. Die EU-Organe versuchen allerdings bereits, die Europäische Union im Unterricht sichtbarer zu machen.

Die Lernecke der Europäischen Kommission bietet Lernmaterialien und verschiedene Spiele, mit denen Schülerinnen und Schüler von Grundschulen und weiterführenden Schulen die EU auf spielerische Weise kennenlernen können. Das Programm „Botschafterschule für das Europäische Parlament“ stellt teilnehmenden Schulen Bildungsinhalte rund um das

Parlament zur Verfügung. Es zielt außerdem darauf ab, das Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler für die Werte der EU und die europäische parlamentarische Demokratie zu schärfen. Zurzeit gibt es rund 1 500 Botschafterschulen. Sie sind in allen Mitgliedstaaten vertreten und zählen insgesamt etwa 23 000 Schülerinnen und Schüler. Das ist jedoch nur ein Bruchteil der rund 81 Millionen Menschen unter 18 in der EU.

Würde man diese Idee umsetzen, dann hieße das, die bereits bestehenden Programme weiter auszubauen oder neue zu entwickeln.



NACHHALTIGKEIT MUSS

SCHULE MACHEN

Nachhaltigkeit kann gelernt werden – und wir sollten sie in Schulen vermitteln, damit alle Bürgerinnen und Bürger der EU wissen, wie sie die Umwelt schützen können.

Das, was wir im Kindergarten und in der Schule lernen, prägt unser ganzes Leben. Deshalb ist es so wichtig, Umweltschutz, Klimawandel und nachhaltige Entwicklung in die Schullehrpläne aufzunehmen bzw. besonders zu beleuchten.

So können wir sicherstellen, dass jeder die nötigen Informationen hat, um zum Umweltschutz beizutragen und unsere Erde – und damit unsere Lebensgrundlage – zu erhalten.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Auf der Konferenz zur Zukunft Europas 2022 kamen im Rahmen der Bürgerforen Unionsbürgerinnen und -bürger aller Altersgruppen und mit unterschiedlichem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund zusammen. Eine ihrer wichtigsten Empfehlungen war, dass man in Schulen mehr über Nachhaltigkeit lernen soll.

Derzeit gibt es keine EU-Vorschriften, die vorschreiben, das Thema Nachhaltigkeit im Schulunterricht zu behandeln. Für das Bildungssystem und die Inhalte der Lehrpläne sind grundsätzlich die Regierungen der Mitgliedstaaten verantwortlich.

Der Rat nahm allerdings im Juni 2022 eine Empfehlung zum Lernen für den grünen Wandel und nachhaltige Entwicklung an. Demnach sollen die Mitgliedstaaten entsprechende Strategien und Programme unterstützen. Das Thema wurde bereits in mehreren EU-Staaten erörtert. Bisher fehlt es jedoch an den nötigen Rechtsvorschriften. Außerdem müssen Lehrkräfte in der gesamten EU noch darin geschult werden, Nachhaltigkeit zu lehren.

Kindern zeigen, wie man Bäume pflanzt und Luftverschmutzungsdaten sammelt?

Brainstorming zu umweltgerechter Bildung beim EYE



Anna Kowalczyk

Verbindungsbeauftragte für ökologische Nachhaltigkeit bei ESN

Juni 2023 in Straßburg: An einem heißen Sommertag stehst du mitten im EYE-Dorf, nur einen Katzensprung vom Europäischen Parlament entfernt. Es herrscht reges Treiben – junge Menschen aus ganz Europa und dem Rest der Welt sind hier zusammengekommen. Sie diskutieren über ihre politischen Ziele und Wünsche für ein besseres Europa, hören Live-Musik und probieren Flammkuchen, eine Spezialität der Region. Außerdem nehmen sie an Workshops teil, in der Hoffnung, damit einen ersten Schritt in Richtung Veränderung zu tun.

In einem weißen Zelt, passenderweise „Future Space“ genannt, haben sich junge Leute in einem Kreis versammelt. Abwechselnd sprechen sie darüber, was ihrer Meinung nach mit Blick auf fehlende Nachhaltigkeitsbildung in Schulen heute die größten Hürden sind.

„Lehrkräfte müssen entsprechend geschult sein, um uns Nachhaltigkeit beibringen zu können“, sagt ein Teilnehmer.

„Man sollte uns zeigen, wie wir selbst aktiv werden können“, sagt ein anderer.

Sich all die Schwierigkeiten anzuhören, drückt die Stimmung. Hoffnungslosigkeit droht, sich breitzumachen. Doch jetzt ist es an der Zeit, Lösungen aufs Papier zu bringen! Nur 20 Minuten Diskussionen und Brainstorming sind genug für die Teilnehmenden, um zahlreiche mögliche Lösungen zu sammeln:

„Feldversuche sollen Schülerinnen und Schülern zeigen, was sie in der Natur tun können.“

„Geht mit ihnen in den Wald und zeigt ihnen, wie man Bäume pflanzt!“

„Baut Partnerschaften zwischen Schulen und regierungsunabhängigen Organisationen bzw. Klimaschutz-Organisationen auf.“

„Nehmt Schulkinder mit nach draußen und sammelt mit ihnen Daten zur Luftverschmutzung.“

Es gibt viele Räume für junge Menschen, zum Beispiel Konferenzen, bei denen man nur über die Herausforderungen spricht. Aber hier haben sie bereits Lösungen gefunden, auf denen man aufbauen kann.

Gestaltet wurde der Workshop von Anna Kowalczyk vom Erasmus-Studierendennetzwerk. Sie hofft, dass Workshops wie dieser ein kleiner Schritt sein können, mit dem man schlussendlich Initiativen zu Nachhaltigkeitsbildung in Schulen in Gang setzt.

„Es gibt viele Räume für junge Menschen, zum Beispiel Konferenzen, bei denen man nur über die Herausforderungen spricht. Aber hier haben sie bereits Lösungen gefunden, auf denen man aufbauen kann. Ich hoffe, dass sie das an ihre Freunde und die Organisationen, bei denen sie ehrenamtlich tätig sind, weitergeben, und dass sie dadurch verstehen, dass sie auch selbst etwas tun können“, erklärt Anna Kowalczyk.



Photo by Markur Spiske - pexels.com

DER KLIMAWANDEL HAT FATALE FOLGEN FÜR UNSERE GESUNDHEIT – MACHT IHN ZUR PRIORITÄT, UM DAS ZU ÄNDERN

Wenn sich der Klimawandel auf unsere Lebensqualität auswirkt, dann sollten wir uns um unsere Gesundheit sorgen.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation ist Lebensqualität „die subjektive Wahrnehmung einer Person über ihre Stellung im Leben in Relation zur Kultur und den Wertsystemen, in denen sie lebt, und in Bezug auf ihre Ziele, Erwartungen, Standards und Anliegen.“ Einer der Standardindikatoren zur Messung der Lebensqualität ist Umwelt. Deshalb sollten die Folgen, die der Klimawandel für den Körper hat, für uns zunehmend Grund zur Sorge sein.

Die Klimakrise hat zu verheerenden Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürren in ganz Europa geführt. Auch die Pollensaison wurde dadurch länger. Es gibt Hinweise darauf, dass diese Klimagefahren Symptome von Krankheiten verstärken, Mobilitätsprobleme verursachen und zur vermehrten Einnahme von Medikamenten führen.

Die Lebensqualität ist ausgesprochen wichtig, wenn es um die Gesundheit geht. Deshalb muss sie in klimarelevanten Diskussionen auf EU-Ebene berücksichtigt werden.

Diese Idee wurde bereits 2021 im Bericht über die Ideen der Jugend für die Konferenz zur Zukunft Europas vorgestellt. Damals wurde vorgeschlagen, Unternehmen in diesem Zusammenhang in die Verantwortung zu nehmen. Auch mögliche Strafen und die Förderung nachhaltiger Verkehrsmittel kamen in dem Bericht zur Sprache.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Die Kommission hat bisher keine Gesetze erlassen, bei denen es ausdrücklich um „schlechte Lebensqualität durch Umweltzerstörung“ geht. Allerdings hat sie mit dem europäischen Grünen Deal anerkannt, dass der Klimawandel eine existenzielle Bedrohung für Europa darstellt.

Mehrere Vorschläge – darunter die Überarbeitung der Richtlinie über Industrieemissionen – zielen gleichermaßen darauf ab, Umweltverschmutzung zu vermeiden bzw. zu verhindern, Kosten zu verringern und die jährliche Zahl der vorzeitigen Todesfälle durch Asthma, Bronchitis und Krebs zu senken.

Diese neuen Regeln sollen dazu beitragen, dass die EU bis 2050 den Übergang zu einer emissionsfreien, wettbewerbsfähigen und klimaneutralen Wirtschaft

schaft. Der Schwerpunkt liegt darauf, Emissionen zu verringern, Innovationen anzukurbeln und für gerechte Wettbewerbsbedingungen auf dem EU-Binnenmarkt zu sorgen. Der Anwendungsbereich soll künftig auch auf Großbetriebe ausgeweitet werden, die intensive Tierhaltung betreiben und damit große Mengen an Ammoniak- und Methanemissionen freisetzen.

Mit Blick auf das Gesundheitswesen dürften diese Änderungen einen wirtschaftlichen Nutzen von rund 5,5 Mrd. EUR pro Jahr bringen. Obwohl in der Vergangenheit bereits Emissionen reduziert wurden, sind weitere Maßnahmen nötig, denn noch immer sind Industrieanlagen für einen erheblichen Teil der Treibhausgas- und Schadstoffemissionen verantwortlich.

Wie sieht das Gesundheitswesen der Zukunft aus?



Panagiotis Chaslaridis
Senior Policy Officer bei der EFA

Das Europäische Jugendparlament für Allergien und Asthma („European Allergy and Asthma Youth Parliament“) bringt in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Dachverband von Patientenorganisationen im Bereich Allergien und Atemwegserkrankungen (EFA) junge Betroffene und medizinische Fachkräfte zwischen 16 und 26 Jahren aus ganz Europa zusammen. Sie vertreten diejenigen, die heute an Krankheiten leiden, die auf den Klimawandel und Umweltzerstörung – unter anderem Luftverschmutzung – zurückzuführen sind. Gemeinsam arbeiten sie an Lösungen für die Probleme, vor denen das Gesundheitswesen nach der Coronapandemie steht. Wir haben uns kurz nach ihrem Workshop zum Thema „Digitale Gesundheitsversorgung“ beim EYE mit ihnen unterhalten.

Wir würden gerne mehr über die Ergebnisse eures EYE-Workshops hören. Welche der Geschichten, die ihr dort gehört habt, ist euch besonders in Erinnerung geblieben? Und welche Ideen der Teilnehmenden waren besonders interessant?

Ziel des Workshops war in erster Linie, über die Erfahrungen von jungen Patientinnen und Patienten bzw. externen Teilnehmenden zu sprechen. Auch wollten wir herausfinden, welche digitale Gesundheitsanwendung die beliebteste ist. Darüber hinaus wollten wir verstehen, welche die wichtigsten Lösungen sind und welche politischen Maßnahmen wir vorschlagen sollen, um diese Herausforderungen im Sinne junger Menschen anzugehen.

Ich denke, die Workshops an diesen zwei Tagen waren ein großer Erfolg. Wir haben nämlich den enormen Einsatz gesehen, den sowohl die Mitglieder des Jugendparlaments als auch die anderen Teilnehmenden zeigen. Das Ganze lief so ähnlich ab wie ein Jenga-Spiel. Wir alle kennen Jenga: Alle leisten einen Beitrag, indem sie

Bausteine rausziehen und sie obendrauf legen. Wir wollten also diese Idee voranbringen, dass wir gemeinsam digitale Gesundheit als ein großes Ganzes aufbauen – also aus vielen verschiedenen Bestandteilen, den verschiedenen Bausteinen sozusagen.

Welche digitale Anwendung ist die beliebteste?

Aus der Sicht unserer Patientengemeinschaft würde ich sagen, dass junge Leute – weil sie verglichen mit anderen Altersgruppen mit Technologie besonders vertraut sind – jene Anwendungen zu schätzen wissen, mit denen sie das Fortschreiten ihrer Erkrankung im Blick behalten und ihre Symptome genau dokumentieren können.

Sie können diese Daten auch dem Gesundheitsdienstleister zur Verfügung stellen, um eine bessere Beurteilung und später eine bessere Behandlung zu ermöglichen. Ich denke, das ist ziemlich wichtig, vor allem für Asthmapatienten, denn sie können damit ihre Asthmaanfälle dokumentieren und festhalten, wann ihr Asthma besonders schlimm ist.

Bei eurem Workshop im Rahmen des EYE habt ihr auch über künstliche Intelligenz und die Herausforderungen gesprochen, die damit einhergehen. Was denkt ihr über mögliche künftige EU-Vorschriften zum Einsatz von KI im Gesundheitswesen?

Ich glaube, wir müssen künstliche Intelligenz als ein Werkzeug sehen, das man so oder so einsetzen kann. Sie kann für oder gegen einen arbeiten. Ich weiß das Potenzial von KI sehr zu schätzen. Selbst in unseren Bereichen – Allergien, Asthma und COPD – schätze ich die Leistungsfähigkeit von KI, wenn es darum geht, schneller Daten, Informationen oder den Zugang zu Behandlungen und Innovationen zu bekommen. Für unsere Patientengemeinschaft ist es natürlich auch wichtig, dass es Regeln für KI gibt und dass die Person, der Patient und generell der Mensch im Mittelpunkt steht.

Die Europäische Union arbeitet an dem Gesetz über künstliche Intelligenz, das sich derzeit eher generell mit den verschiedenen Anwendungsbereichen von KI befasst. Für uns gilt also „abwarten und Tee trinken“. Wir werden die Vorschläge der Europäischen Kommission bewerten, sobald sie uns vorliegen.

Habt ihr noch weitere Projekte, bei denen es um digitale Gesundheitsversorgung geht?

Wir bauen gerade den europäischen Raum für Gesundheitsdaten auf. Er soll die nötige Infrastruktur für den sicheren europaweiten Austausch von Gesundheitsdaten bieten. Solche Entwicklungen sind natürlich in unserem Sinne – vorausgesetzt, die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten sowie ihre Einwilligung zählen wirklich.



© European Union - EP/APimages

KREBSERREGENDE CHEMIKALIEN VERBIETEN

Der Einsatz von Glyphosat sollte in der Europäischen Union verboten werden. Das Herbizid, das zur Unkrautbekämpfung eingesetzt wird, ist wahrscheinlich krebserregend und schadet unserer Gesundheit.

Glyphosat zählt zu den weltweit am häufigsten genutzten Herbiziden. Viele Landwirte setzen es bei Obst- und Gemüsekulturen, Raps, Mais, Baumwolle, Sojabohnen, Zuckerrüben und Weizen ein. Auch bei Wasserpflanzen und in der Forstwirtschaft wird es verwendet.

Der massive Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft ist umstritten. Einige Studien deuten darauf hin, dass diese Chemikalie Krebs verursachen könnte, andere besagen wiederum, dass kein Zusammenhang besteht.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

In einer Entscheidung von 2017 sprach sich das Parlament für ein vollständiges Verbot von Herbiziden auf Glyphosatbasis aus. Das Verbot sollte ab Dezember 2022 gelten und der Einsatz entsprechender Mittel mit sofortiger Wirkung beschränkt werden. Die Abgeordneten lehnten den Vorschlag der Kommission ab, die Zulassung für das umstrittene Unkrautbekämpfungsmittel um zehn Jahre zu verlängern. Sie forderten stattdessen, es schrittweise abzuschaffen: Zuerst sollte die Verwendung im Haushalt verboten werden. Ein Verbot für den Einsatz in der Landwirtschaft sollte folgen, sobald wirksame biologische Alternativen für die Unkrautbekämpfung verfügbar sind.

Das Parlament forderte, Glyphosat bis zum 15. Dezember 2022 in der EU vollständig zu verbieten – mit den notwendigen Zwischenschritten, darunter Risikobewertungen, die ausschließlich auf veröffentlichten, von Fachleuten geprüften und unabhängigen Studien beruhen.

Im selben Monat verlängerte die Kommission jedoch die EU-Zulassung für Glyphosat um ein weiteres Jahr bis Ende 2023, nachdem die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit bekannt gegeben hatte, dass sie die Risikobewertung frühestens bis Juli 2023 abschließen könne.



VEGETARISCHE ERNÄHRUNG ZUR ECHTEN ALTERNATIVE MACHEN – FÜR ALLE UND ÜBERALL

Jahr für Jahr entscheiden sich immer mehr Menschen für eine vegetarische Ernährungsweise. Ob aus gesundheitlichen oder moralischen Gründen – den Fleisch- bzw. Fischkonsum zu reduzieren, ist heutzutage gang und gäbe..

Dem Europäischen Verbraucherverband zufolge essen über 40 % der Verbraucherinnen und Verbraucher entweder weniger Fleisch oder gar keines mehr.

Immer mehr Menschen konsumieren weniger Fleisch. Das kommt der Umwelt sehr zugute. Deshalb sollten in Schulen, Krankenhäusern und Betriebskantinen vegetarische Gerichte angeboten werden. Mit Blick auf die Gesundheit der Bevölkerung und auf unsere Umwelt lohnt es sich, zu prüfen, ob entsprechende Gesetze nötig sind.

Die EU-Organen sollten ein Gesetz ausarbeiten, das Kantinen in Schulen, Krankenhäusern und Unternehmen dazu verpflichtet, zumindest ein vegetarisches Gericht anzubieten. Das würde dazu beitragen, dass vegetarische Ernährung eine echte Alternative wird – nicht nur der Gesundheit, sondern auch der Umwelt zuliebe.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Diese Idee – den Fleischkonsum zu reduzieren, indem man vegetarische Gerichte in Schul- und Betriebskantinen fördert – ist eine der Lösungen, die der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments gegen die Schwächen im Lebensmittelbereich in der EU vorgeschlagen hat.

Im Februar 2022 hob das Parlament in einer Entschließung hervor, wie wichtig gesunde Ernährung ist, um Krebserkrankungen vorzubeugen und ihr Auftreten zu verringern. Die Abgeordneten betonten, dass gegen den übermäßigen Verzehr von Fleisch vorgegangen

werden muss. Die gesetzliche Pflicht, vegetarische Gerichte in Kantinen anzubieten, würde dazu beitragen, sowohl unseren ökologischen Fußabdruck als auch das Krebsrisiko zu verringern.

Die EU setzt derzeit das sogenannte EU-Schulprogramm um: Es trägt dazu bei, dass Millionen von Kindern in der gesamten EU Milch, Obst und Gemüse bekommen – und zwar vom Kindergarten bis zur weiterführenden Schule. Das Programm wird aktuell überarbeitet, damit es nachhaltigen Lebensmittelverbrauch noch mehr fördert.



WASSERSPENDER STATT

VERKAUFSAUTOMATEN

Wenn wir dafür sorgen, dass man Wasserflaschen einfacher nachfüllen kann, statt Einwegflaschen zu kaufen, können wir den Plastikverbrauch senken.

Man könnte zum Beispiel in allen Mitgliedstaaten Wasserspender aus Aluminium aufstellen, über die man sauberes Wasser zum selben Preis kaufen kann wie eine gewöhnliche Plastikflasche.

Indem wir Wasser statt in Plastikflaschen in kunststofffreien Wasserspendern aus Aluminium lagern, könnten wir viele Tonnen Plastikmüll vermeiden.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Mit der Richtlinie über Einwegkunststoffartikel geht die EU mit verschiedenen Maßnahmen gegen Meeresabfälle und Plastikverschmutzung vor. Die Richtlinie verbietet es, in den Mitgliedstaaten Einwegkunststoffartikel auf den Markt zu bringen, wenn es dafür leicht verfügbare und erschwingliche nachhaltige Alternativen gibt.

Bei Verhandlungen mit dem Rat setzte sich das Parlament erfolgreich dafür ein, diese Regeln auf weitere Kunststoffzeugnisse – etwa oxo-abbaubaren Kunststoff und Styropor – auszudehnen. Einige davon waren zuvor in Getränkebehältern verwendet worden. Die Abgeordneten machten sich auch für das verbindliche Ziel stark, Getränkeflaschen bis 2025 zu

35 % aus recyceltem Material herzustellen. In Verhandlungen mit dem Rat einigte man sich schließlich auf 25 %.

Die Richtlinie befasst sich mit Gegenständen wie Plastiktaschen und Getränkebechern. 2021 setzte die EU außerdem ein Ziel für die Berechnung, die Prüfung und die Übermittlung von Daten über die getrennte Sammlung von Kunststoffflaschen: Bis 2025 sollen 77 % der Kunststoffflaschen recycelt werden, bis 2029 sollen es 90 % sein. Außerdem sollen ab 2025 PET-Getränkeflaschen zu 25 % aus recyceltem Kunststoff bestehen und 30 % ab 2030.



LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG IN DER EU EIN ENDE SETZEN UND DENEN HELFEN, DIE ES AM MEISTEN BRAUCHEN

Derzeit gehen 33 % aller erzeugten Lebensmittel verloren oder werden verschwendet. Gleichzeitig sind mehr als 20 % der EU-Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Das bedeutet, dass mindestens eine von fünf Personen Schwierigkeiten hat, jeden Monat ihre Grundbedürfnisse zu decken, einschließlich das wichtigste von allen: das Bedürfnis nach einer ausgewogenen Ernährung. Dieses Bedürfnis liegt dem Menschenrecht auf Leben zugrunde.

Wir alle sollten unseren eigenen Beitrag dazu leisten, dieses Problem zu lösen. Geschäfte, Restaurants und

Unternehmen sollten daher gesetzlich dazu verpflichtet sein, alle Lebensmittel, die tagtäglich verschwendet werden, den Hungernden und Armen zu geben, bevor sie das Verfallsdatum überschreiten. Auf diese Weise könnten Lebensmittel, die sonst in den Müll wandern würden, dabei helfen, soziale Ungleichheit zu verringern.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Dem Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments zufolge können sich in jedem dritten Mitgliedstaat mehr als 10 % der Bevölkerung nicht jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder Huhn bzw. eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit leisten. Dieses Problem wird durch Lebensmittelverschwendung weiter verschärft. Mit Blick auf die Verpflichtungen, die das Parlament im Zusammenhang mit den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung einging, forderten die Abgeordneten zweimal – 2020 und 2022 –, die Lebensmittelabfälle in der EU bis 2030 um die Hälfte zu reduzieren.

In einer Entschließung von 2022 hob das Parlament hervor, dass in der EU jedes Jahr 88 Millionen Tonnen Lebensmittel verschwendet werden. Die Abgeordneten empfahlen, Lebensmittelverluste zu vermeiden, indem man „Lebensmittelspenden durch eine kohärente Anwendung des Haftungsrechts erleichtert“.

Die Kommission dürfte Ende 2023 rechtsverbindliche Ziele vorschlagen, um Lebensmittelverschwendung in der gesamten EU zu verringern. Die Grundlage dafür bieten unter anderem die EU-Leitlinien für Lebensmittelspenden von 2017. Diese Leitlinien enthalten Vorschläge für Hygienevorschriften, Informationsanforderungen für vorverpackte Lebensmittel und steuerliche Anreize für Einrichtungen, die Lebensmittel spenden. Außerdem weisen sie darauf hin, dass es nützlich sein kann, überschüssige Lebensmittel einzufrieren, um sie verteilen zu können.

In diesem Sinne unterstützt der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen Mitgliedstaaten dabei, denjenigen, die es am meisten brauchen, mit Nahrungsmittelhilfen und grundlegender materieller Unterstützung unter die Arme zu greifen.



ALLE PRAKTIKA SOLLTEN BEZAHLT ODER GEFÖRDERT WERDEN

Viele junge Menschen sehen sich gezwungen, bei ihrem Start ins Berufsleben unentgeltlich zu arbeiten. Für manche sind unbezahlte Praktika eine erste Gelegenheit, Berufserfahrungen zu sammeln.

Les stages sont utiles pour de nombreux jeunes, qui acquièrent ainsi de l'expérience et font un premier pas sur le marché du travail, mais les stages non rémunérés devraient être interdits dans toute l'Union.

Il faudrait que tous les stages soient financés, qu'ils aient lieu dans le pays d'origine du stagiaire ou à l'étranger. Les instruments de financement disponibles (tels qu'Erasmus+) devraient couvrir les frais d'hébergement et de déplacement. Et lorsque ces mécanismes ne sont pas suffisants, davantage de mesures devraient être mises en œuvre pour couvrir les frais encourus par le stagiaire.

Diese Idee wurde bereits 2021 im Bericht über die Ideen der Jugend für die Konferenz zur Zukunft Europas vorgestellt. Damals wurde vorgeschlagen, spezielle Fonds einzurichten, um unbezahlten Praktika ein Ende zu setzen – unabhängig von Bildung oder sozialem Status.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Seit 2010 sprach sich das Parlament in mehreren Entschlüssen und Berichten wiederholt für einen besseren Rechtsschutz für Praktikantinnen und Praktikanten aus. Der aktuelle Qualitätsrahmen für Praktika enthält verschiedene Qualitätskriterien, darunter Transparenz mit Blick auf Arbeitsbedingungen und Einstellungsverfahren, eine angemessene Praktikumsdauer und eine schriftliche Praktikumsvereinbarung. Auf die Vergütung oder Stipendien für Praktikanten geht er jedoch nicht ein.

Im Januar 2022 empfahl der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments in seiner Studie zur Qualität von Praktika in der EU einen garantierten Mindestlohn für Praktika, die auf das Sammeln von Berufserfahrung abzielen. Nur einen Monat später

verurteilte das Parlament in einer Entschließung unbezahlte Praktika als eine Form der Ausbeutung junger Arbeitskräfte und eine Verletzung ihrer Rechte.

Im Jahr 2023 nahm die Kommission den verbesserten Qualitätsrahmen für Praktika in ihr jährliches Arbeitsprogramm auf. Im Juni forderte das Parlament in einem Initiativbericht, den überarbeiteten Qualitätsrahmen für Praktika zu einer Richtlinie zu machen und diese in der gesamten EU umzusetzen. Der Bericht thematisiert auch die Vergütung für Praktika. Die Abgeordneten schlagen vor, dass zumindest die Kosten für Grundbedürfnisse wie Verpflegung, Unterbringung und Beförderung abgedeckt sein sollten. Die Lebenshaltungskosten im jeweiligen Mitgliedstaat seien dabei zu berücksichtigen.

Kannst du es dir leisten, umsonst zu arbeiten?

Eine Organisation kämpft gegen unbezahlte Praktika



Mark McNulty

Vorstandsmitglied bei YFJ

Verantwortlich für das Ressort soziale und wirtschaftliche Eingliederung

Die Zivilgesellschaft hat bereits viel getan, um unbezahlten Praktika ein Ende zu setzen und jungen Menschen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Von den Jugendorganisationen, die sich wehren, sticht eine besonders hervor: das Europäische Jugendforum.

Unbezahlte Praktika haben für die Berufseinsteiger nicht nur direkte wirtschaftliche Folgen. Sie wirken sich auch auf ihre psychische Gesundheit aus.

Vor kurzem hat die Organisation beim Europäischen Ausschuss für Soziale Rechte des Europarates erfolgreich eine gemeinsame Beschwerde eingereicht. Der Ausschuss stellte fest, dass junge Menschen in Belgien über unbezahlte Praktika als kostenlose Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Die endgültige Entscheidung wurde 2022 veröffentlicht. Die Beschwerde war bereits 2017 eingereicht worden.

Darüber hinaus führte das Europäische Jugendforum eine Kampagne, in der es für ein Verbot unbezahlter Praktika warb. Vorstandsmitglied Mark McNulty ist mitverantwortlich für das Portfolio für soziale und wirtschaftliche Inklusion. Er erklärt, wie die Kampagne zustande kam:

„Als mit der Überarbeitung des Qualitätsrahmens für Praktika begonnen wurde, beschlossen wir, eine Kampagne ins Leben zu rufen. Wir entschieden uns für einen sehr einfachen Titel: ‚Kannst du es dir leisten, umsonst zu arbeiten?‘ Wenn jemand umsonst arbeiten muss, ist das wirklich ungerecht. Leisten können sich das nur wenige.“

Im Januar 2023 veröffentlichte das Europäische Jugendforum ein Diskussionspapier, aus dem hervorging, dass ein unbezahltes Praktikum einen jungen Menschen durchschnittlich 1000 EUR im Monat kostet.

„Wenn jemand vor dem Berufseinstieg zwei sechsmonatige Praktika macht, bedeutet das einen Verlust von 12 000 EUR. Das, was man sparen hätte können, wäre vielleicht eine erste Anzahlung für ein eigenes Haus gewesen. Doch stattdessen muss man das Geld für ein unbezahltes Praktikum praktisch zum Fenster hinauswerfen, noch bevor die berufliche Laufbahn richtig begonnen hat.“

Auch Mark ging es so:

„Ich war Praktikant in Irland. Ich war Praktikant in den USA. Wer ein unbezahltes Praktikum macht, kommt in der Regel aus recht privilegierten Verhältnissen. Das ist bei mir nicht der Fall. Vor ein paar Jahren, während meines Studiums, habe ich eines gemacht. Ich musste nebenher arbeiten. Auf eine gewisse Weise hatte ich Glück, dass ich das überhaupt machen konnte. Es gibt allerdings viele, die das nicht mit ihrer Arbeit vereinbaren können. Ich habe mitbekommen, dass einige Praktikanten richtig zu kämpfen haben und etwa entscheiden müssen, ob sie ihre Miete oder ihre Krankenversicherung zahlen.“

Unbezahlte Praktika haben für die Berufseinsteiger nicht nur direkte wirtschaftliche Folgen. Sie wirken sich auch auf ihre psychische Gesundheit aus:

„Von dem Stress, den das verursacht, bekommt man fast graue Haare. Wenn man versucht, alles am Laufen zu halten, weil man muss. Allein schon eine Stelle zu bekommen, ist stressig. Aber eine Arbeit, ein Praktikum und möglicherweise die Uni gleichzeitig zu meistern – das ist wie jonglieren mit verbundenen Augen.“



DIE EU SOLLTE AUTARK SEIN,

WAS ROHSTOFFE ANGEHT

Vor dem Hintergrund des durch die Coronapandemie verursachten Abschwungs muss die EU mit Blick auf Rohstoffe unabhängiger von Drittstaaten werden und selbst mehr produzieren.

Die EU scheint sich ausschließlich auf Einfuhren von Rohstoffen und Erzeugnissen aus Staaten wie China und den Vereinigten Staaten zu verlassen. Die Coronapandemie hat diese Abhängigkeit deutlich werden lassen und folgende Frage aufgeworfen: Wie kann die EU in diesem Zusammenhang unabhängiger von Drittstaaten werden?

Aus diesem Grund sollte die EU Gelder für die Einrichtung europäischer Unternehmen bereitstellen, die Produkte und Software für elektronische Geräte – unter anderem Smartphones und Computer – herstellen. Staaten, in denen man gut mit der Herstellung von europäischen Mobiltelefonen beginnen könnte, wären etwa Finnland oder Ungarn.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Im September 2022 kündigte Kommissionspräsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union das Gesetz zu kritischen Rohstoffen an. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag folgte im März 2023. Er zielt darauf ab, den Zugang der EU zu einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen sicherzustellen. Außerdem enthält er eine Liste strategischer Rohstoffe. Das Parlament muss dazu noch Stellung nehmen und seine Verhandlungsposition festlegen. Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie dürfte am 9. September 2023 über den Berichtsentwurf abstimmen. Danach verhandelt das Parlament in mehreren sogenannten Trilogon unter Vermittlung der Kommission mit dem Rat, um eine endgültige Einigung zu erzielen.

Seine Strategie für kritische Rohstoffe hatte das Parlament bereits in einer EntschlieÙung von 2021 aufgeführt. Die Abgeordneten hatten einen integrierten Ansatz entlang der gesamten Wertschöpfungskette sowie eine aktive Industriepolitik vorgeschlagen.

In einer aktuelleren EntschlieÙung vom Februar 2023 hob das Parlament außerdem hervor, wie wichtig der Zugang zu kritischen Rohstoffen sowohl für den ökologischen als auch für den digitalen Wandel ist. Zu den wichtigsten Vorschlägen zählte, Recycling und stabile Sekundärmärkte auf- bzw. auszubauen, das Potenzial heimischer Ressourcen mit schnelleren Genehmigungsverfahren besser auszuschöpfen und einen neuen Europäischen Souveränitätsfonds zu schaffen.



GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER:

EINE GEMEINSAME AUSSENPOLITIK SCHAFFEN

Die Europäische Union braucht unbedingt eine gemeinsame Außenpolitik. Dadurch könnte die EU auf der Weltbühne zeigen, dass ihre Einigkeit sie stark macht, sie könnte Verwaltungskosten senken und eine umfassende politische Union werden.

Die weltweiten Entwicklungen im Jahr 2022 haben gezeigt, dass die Europäische Union zusammenhalten muss. Es ist wichtig, auf künftige Bedrohungen vorbereitet zu sein und unabhängig von Drittstaaten zu bleiben. Eine gemeinsame Außenpolitik könnte das möglich machen. Sie würde helfen, den Frieden in Europa zu bewahren, und könnte ein wichtiger Schritt in Richtung einer umfassenden politischen Union sein.

Wie auch beim EYE erwähnt wurde, hatte Josep Borrell – der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik – die Antwort der EU auf den groß angelegten Einmarsch Russlands in die Ukraine als „Geburtsstunde eines geopolitischen Europas“ bezeichnet.

Mit einer gemeinsamen Außenpolitik könnte die EU bei Treffen mit Drittstaaten im Rahmen von diplomatischen Missionen Stärke und Entschlossenheit zeigen. Auch würde sie das effizienter machen – sowohl nach innen als auch nach außen. Man könnte die mit Konsulaten bzw. Botschaften verbundenen Verwaltungskosten senken und rascher und wirksamer Entscheidungen treffen.

Darüber hinaus könnte man mit einer gemeinsamen Außenpolitik die Interessen der EU und ihrer Bevölkerung weltweit besser schützen und gleichzeitig Frieden und Freiheit fördern.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

1999 wurde der Grundstein für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union gelegt. Sie ist der wichtigste Rahmen der EU im Bereich Verteidigung und Krisenmanagement.

Gestaltet und geführt wird sie von Josep Borrell, dem aktuellen Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der außerdem den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Europäische Verteidigungsagentur leitet. Über die allgemeine Ausrichtung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik entscheidet der Europäische Rat. Das Parlament spielt wiederum bei der Überprüfung und Haushaltsplanung eine Rolle. Der Hohe Vertreter, auch EU-Außenbeauftragter genannt, muss das

Parlament deshalb regelmäßig anhören und seine Ansichten berücksichtigen.

Fortschritte bei der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit brachten Initiativen wie die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, der Europäische Verteidigungsfonds und die Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung.

Die Kommission verfügt über eine Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum, was zeigt, dass man sich zunehmend mit Verteidigung auseinandersetzt. Darüber hinaus wurde 2022 zum „Jahr der europäischen Verteidigung“ erklärt.

Wie geht es weiter? Auf der Plattform youthideas.eu sind hunderte Vorschläge zu finden, die nicht weniger relevant und wertvoll sind als die Ideen in diesem Bericht.

Nun liegt es an uns allen, diesen Ideen auf unterschiedliche Weise Leben einzuhauchen. Wie ihr gelesen habt, machen viele Jugendorganisationen mit inspirierenden Projekten und Initiativen bereits erste Schritte in Richtung Veränderung. Ihr Einfluss auf die Gesellschaft ist genauso wichtig wie andere Arten, Demokratie auszuüben – etwa zum Wahllokal zu gehen, einen Stift zu nehmen und die bevorzugten Kandidatinnen und Kandidaten auszuwählen.

Die nächste Europawahl findet in einer Zeit des Wandels statt, in der jede Entscheidung direkten Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger der EU in einer zunehmend globalisierten Welt voller Herausforderungen hat.

Deshalb ist es nicht nur unsere Pflicht, wählen zu gehen – es ist auch eine unbedingte Notwendigkeit. Wenn wir wollen, dass unsere Stimme gehört wird, dann müssen wir uns einbringen. Sprich deine Freunde und deine Familie

Die nächste Europawahl findet in einer Zeit des Wandels statt, in der jede Entscheidung direkten Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger der EU in einer zunehmend globalisierten Welt voller Herausforderungen hat.

darauf an, sag ihnen, was dir Sorgen macht, und hör dir an, was sie beschäftigt. Überleg dir Lösungen, denk darüber nach, dich für etwas einzusetzen, das dir wirklich am Herzen liegt, oder gib deine Stimme für diejenigen ab, die sich dafür starkmachen.

Aber vor allem: Bleibe hoffnungsvoll und lass dich nicht beirren.





EYE2023.EU



YOUTHIDEAS.EU



INSTAGRAM.COM/EP_EYE



FACEBOOK.COM/YOUTHEP



X.COM/EUROPARL_EYE

